

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 46 (1954)
Heft: 3

Artikel: Das Elend in Italien : Ergebnis einer parlamentarischen Untersuchung
Autor: Codrignani, Duilio
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353630>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Unternehmer. Diese sollen sich nach einem Kriseneinbruch nicht einfach auf die Unterstützung des Staates verlassen dürfen, sondern müssen angehalten werden, die in den vorangegangenen Jahren der Hochkonjunktur geäußerten Reserven so einzusetzen, daß die Arbeiter so lange wie möglich durchgehalten werden können.

Sodann wird als unentbehrliches Mittel für die Beurteilung der Konjunkturentwicklung neben der vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung schon bisher erhobenen Auftragsstatistik die Erstellung einer *Produktionsstatistik* bezeichnet. Dieses seit Jahren aufgestellte, jedoch immer noch unerfüllte Postulat sollte nun endlich im Rahmen dieses Gesetzes verwirklicht werden.

Neben anderen Anregungen wird endlich noch eine spezielle Bestimmung für die *Durchführung zusätzlicher Arbeiten zugunsten der älteren Arbeiter* verlangt. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß schon ein geringfügiger Konjunkturrückschlag genügt, um die Placierung älterer Arbeiter sehr schwer zu gestalten. Um so mehr ist die Bereitstellung zusätzlicher Arbeiten für diese Kategorie der Arbeitnehmer unerläßlich.

Dr. Edmund Wyß

Das Elend in Italien

Ergebnis einer parlamentarischen Untersuchung

Die von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Ezio Vigorelli präsierte parlamentarische Untersuchungskommission über das Elend in Italien hat nach rund einjähriger fleißiger Forschungsarbeit ihre Arbeiten beendet und die Ergebnisse in 14 schmalen Bänden niedergelegt, die unlängst dem Präsidenten der Republik, dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten der beiden Kammern überreicht wurden. Die Untersuchung ist mit seltener Gründlichkeit durchgeführt worden und vermittelt ein unverhülltes Bild von dem in Italien herrschenden Elend.

Wer — gleichgültig, ob Italiener oder Ausländer — das Leben in Italien nur auf Grund seiner äußern Erscheinungen kennt, der mag sich angesichts der Volksmassen, die an Sonntagen die Stadien und Kinos füllen, oder die in den Kaffees und anderen öffentlichen Lokalen anzutreffen sind, nicht aber zuletzt angesichts der luxuriösen Auslagen in Geschäften jeglicher Art und der raschen Zunahme des motorisierten Verkehrs fragen, ob in Italien wirklich das Elend herrscht, von dem so viel die Rede ist und das nun Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung bildete.

Indessen: das äußere Bild trügt; das Elend ist in Italien eine *furchtbare Realität*, auch wenn es sich verbirgt und durch einen

ostentativ zur Schau getragenen Reichtum verdeckt wird. Abgesehen von der moralischen Seite des Problems, ist das herrschende Elend eine Erscheinung, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hemmt, indem breite Volksschichten vom Konsum ausgeschlossen sind. Darüber hinaus bildet das Elend eine ständige politische Bedrohung.

Nachstehend einige Ergebnisse, zu denen die parlamentarische Untersuchungskommission gelangte:

Unter insgesamt 11 592 Familien mit durchschnittlich etwas mehr als vier Köpfen leben in Italien

1 357 000 Familien (11,7 Prozent) in tiefstem Elend,

1 345 000 Familien (11,6 Prozent) in Not,

7 616 000 Familien (65,7 Prozent) in mittleren Verhältnissen und

1 274 000 Familien (11,0 Prozent) in Wohlstand.

Eine Konsequenz dieser sozialen Verhältnisse besteht darin, daß 22 Prozent der italienischen Bevölkerung dazu verurteilt sind, in *schlechten oder überfüllten* Wohnungen zu hausen. Tatsächlich stellt der Bericht fest, daß 2 Prozent der Bevölkerung in Kellern, Dachstuben und Remisen, 10,8 Prozent in Baracken und Grotten und 9,3 Prozent in überfüllten Wohnungen (mehr als drei Personen pro Raum) leben.

Hinsichtlich der *Ernährung* hat die Kommission festgestellt, daß 869 000 Familien (7,5 Prozent) weder Fleisch noch Zucker oder Wein, 1 032 000 Familien nur einige der genannten Nahrungsmittel in aller kleinsten Quantitäten konsumieren. Die Kommission hat Fälle solchen Elends angetroffen, daß die Familien außerstande waren, die wenigen Lire für die Erneuerung des Armenausweises aufzubringen.

Das Elend nistet so gut wie ganz im *Süden* Italiens und auf den *Inseln*. Es wurde ermittelt, daß von den 1 357 000 Elendsfamilien 1 161 000 mit zusammen 4 700 000 Personen den südlichen Regionen und den Inseln angehören und daß von den 1 345 000 Familien, die in Not leben, sich 925 000 Familien mit 4 226 000 Personen auf diese Regionen konzentrieren.

Als *Hauptursache des Elends* bezeichnet der Bericht in erster Linie die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, in zweiter Linie das Ungenügen der Löhne. In 51 Prozent der Elendsfamilien war das Haupt als Landarbeiter oder einfacher Handlanger tätig und hatte einen Lohn, der im Süden zwischen 475 und 650 Lire pro Tag schwankte, arbeitete aber im Jahresdurchschnitt nur 78 Tage. In einigen Zonen der Campagna reduzierte sich die jährliche Arbeitszeit sogar auf 43 Tage. In Sizilien beträgt der Tagesverdienst für Männer 651 Lire, für Frauen 474 Lire, bei einer jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit von 77 Tagen.

Aufschlußreich ist ein Vergleich des landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Ertrags. Der erste ist am größten in der Lucania, wo 65 Prozent des Gesamtertrages aus der Landwirtschaft stammen, und am niedrigsten in der Lombardei, wo dieser nur 17,22 Prozent ausmacht.

Eine weitere Ursache des Elends ist der Druck der Uebervölkerung; es genügt zu wissen, daß die Familien mit mehr als fünf Personen 50,4 Prozent der Elendsfamilien ausmachen und daß dieser Anteil schon bei den in Not lebenden Familien auf 45,1 Prozent zurückgeht. Ferner sind unter den Ursachen zu nennen: das Analphabetentum sowie die Krankheiten, von denen viele *zugleich Folgen* der Not sind, und die Prostitution.

Die sichtbarste Folge des Elends ist die *Kriminalität*, namentlich der Jugendlichen. In Rom gehören 67 Prozent der jugendlichen Verbrecher den Familien in schlechten und schlechtesten ökonomischen Verhältnissen an. In Rom sind 14 Prozent, in Florenz 18,5 Prozent der jugendlichen Delinquenten illegitim; weiter sind in Rom 26,5 Prozent und in Palermo 44 Prozent der Delinquenten Analphabeten, ohne jene einzurechnen, die nur eine rudimentäre Ausbildung genossen haben.

Eine Besonderheit des Elends wird durch den Prozentsatz der *Kindersterblichkeit* enthüllt. Im Durchschnitt beträgt diese 73,4 pro Tausend, steigt aber in den Familien landwirtschaftlicher Arbeiter auf 88,8 pro Tausend, wogegen die Kindersterblichkeit in den wohlhabenden Volksschichten nur 22,8 pro Tausend beträgt. Auf 1 Kind der Reichen sterben somit 4 Kinder der Armen, so ungleich ist die Ernte, die der Tod unter den frisch ins Leben Getretenen hält. Das Maximum der Kindersterblichkeit in Familien landwirtschaftlicher Arbeiter wurde in Caltanissetta auf Sizilien mit 106,8 pro Tausend festgestellt, aber die gleiche Stadt Caltanissetta weist, was besonders alarmierend ist, für die Kinder der Reichen mit 13,8 pro Tausend auch die niedrigste Sterblichkeit auf!

So weit in gedrängten Zahlen das Bild des Elends, das der parlamentarische Bericht enthüllt. Was tun nun die Regierung und die zuständigen Behörden, um die Not der vom Elend Heimgesuchten zu lindern? Nach den Ermittlungen der parlamentarischen Kommission leistet das Land Beihilfen im beträchtlichen Betrage von 850 Milliarden Lire im Jahre, was nahezu 10 Prozent des Volkseinkommens entspricht und Italien hinsichtlich dieser Leistungen in die obersten Ränge der verschiedenen Nationen der Welt rückt. Das bedeutet, daß der verfügbare Betrag, wenn er ohne zusätzliche Kosten ausgerichtet werden könnte, gestatten würde, einem Fünftel der gesamten italienischen Bevölkerung jährlich rund 100 000 Lire (gleich 700 Schweizer Franken) pro Kopf zuzuteilen. Das wäre nicht viel weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens pro Einwohner, das 215 000 Lire ausmacht. Die Wirklichkeit zeigt indessen

ein weit weniger rosiges Bild. Der Abgeordnete und Präsident der parlamentarischen Untersuchungskommission, Ezio Vigorelli, führt hierfür folgende Gründe an: «Die gegenwärtig bestehende Organisation zur Bekämpfung des Elends ist total leistungsunfähig und chaotisch. Sie besteht aus überaus zahlreichen Organismen, die voneinander unabhängig arbeiten und weder eine Zusammenarbeit noch eine Kontrolle kennen. Wenn die zur Verfügung stehenden Mittel zweckmäßiger angewendet würden, wäre es möglich, breiten Massen der Enterbten eine nennenswerte Hilfe zu gewähren, aber die Institutionen, die auf dem Gebiete der Hilfe arbeiten, sind unter sich nicht im geringsten koordiniert; im Gegenteil: sie arbeiten gegeneinander und sind mit gewaltigen Spesen belastet. Zugleich verlieren sich die Verwaltung des Staates, die großen Hilfswerke und öffentlichen Institutionen in einem Wust von Fragen der Kompetenz, der Auslegung von Gesetzen und formalen Streitigkeiten.» Beispielsweise hat die Kommission festgestellt, daß die Enti Comunali di Assistenza (die kommunalen Hilfswerke), die ganz allgemein jedem zu Hilfe kommen sollten, der sich in einem Zustand der Bedürftigkeit befindet, über ganz ungenügende Mittel verfügen und oft zweckwidrig organisiert sind. Die Zahl der Unterstützten dieser Hilfswerke beläuft sich auf 2 570 000 Personen, was 5,50 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Aber mindestens 95 Prozent dieser Werke verfügen über keinen andern Beitrag als denjenigen des Staates, der sich — einschließlich Spesen — auf 11 Milliarden Lire im Jahre beläuft. Dadurch stehen für jeden Unterstützten 3000 Lire (21 Schweizer Franken) jährlich zur Verfügung, was pro Monat 250 Lire (rund 2 Schweizer Franken) ausmacht. Geht man näher in die Einzelheiten, so ergibt sich, daß die Verteilung der genannten 3000 Lire sehr ungleichmäßig ist, denn während die Unterstützung im Norden des Landes 5734 Lire und in Süditalien 2916 Lire beträgt, sinkt sie auf den Inseln auf 1731 Lire. Die Unterstützung ist also dort am größten, wo das Elend am wenigsten verbreitet ist, und umgekehrt dort am niedrigsten, wo es die weitesten Kreise zieht und am akutesten ist.

Schwerwiegende Mängel weist auch die *Kinderfürsorge* auf. Als solche nennt der Bericht namentlich die Ueberfüllung der Kinderheime und den kläglichen Zustand, in dem sich die Asyle für verlassene und anormale Minderjährige befinden.

Die *Schülerfürsorge* ist denkbar ungenügend. Das Gesetz vom Jahre 1947 sieht hierfür zu Lasten der Gemeinde einen Beitrag von 2 Lire pro Einwohner vor, wozu sich noch andere, höchst bescheidene Beiträge des Unterrichtsministeriums gesellen.

Die *Altershilfe* weist wohl die meisten Mängel in dem bestehenden Unterstützungssystem auf. In vielen Gemeinden besteht eine solche Hilfe überhaupt nicht. Dabei handelt es sich um das schwerste und dringlichste Problem, weil sich die Zahl der Alten

von Jahr zu Jahr vermehrt, was eine Folge der zunehmenden Ueberalterung der Bevölkerung ist.

Von dem traurigen Bild ist selbst die *sanitäre Hilfe* nicht anzunehmen, die bei ihrer allgemeinen Mangelhaftigkeit ebenfalls große regionale Unterschiede aufweist. Während beispielsweise im Norden des Landes auf 1000 Einwohner 5,30 Spitalbetten kommen, verfügt Mittelitalien nur über 4,33 und der Süden gar nur über 1,65 Betten pro 1000 Einwohner. Beispielsweise hat Matera (Stadt und Provinz) in der Lucania nur 130 Betten auf 180 000 Einwohner.

In Norditalien kommen auf einen Gemeindearzt 249 Personen, die in der Armenliste eingetragen sind, im Süden und auf den Inseln 802. Während im Norden 2,06 Prozent der Bevölkerung in Krankenhäusern behandelt werden, sind es im Süden 1,1 Prozent. Für die Unterstützung von Arbeitsunfähigen werden im Norden pro Kopf 38 000 Lire, in Mittelitalien 30 000 Lire, im Süden 2600 Lire und auf den Inseln 3300 Lire ausgegeben. Eine gewisse Korrektur dieser Unterschiede besteht darin, daß viele im Norden gewährte Unterstützungen, die ja auch noch ungenügend sind, den erst kürzlich zugezogenen Süditalienern zugute kommen, die oft zum ärmsten Volksteil in diesem Gebiet gehören. Andererseits vergrößern sich die Unterschiede noch, wenn man außer den öffentlichen auch die privaten Unterstützungen in Betracht zieht.

In ihren *Schlußfolgerungen* kommt die parlamentarische Untersuchungskommission zu dem Ergebnis, daß das Problem des Elends in Italien *sowenig wie in andern Ländern unlösbar* sei und regt die Bildung einer andern interparlamentarischen Kommission an, die auf Grund der Ergebnisse dem Parlament einen organischen Plan zur Durchführung der sozialen Fürsorge zu unterbreiten hätte. Aber die Lösung des Problems hängt nicht so sehr vom Finanzministerium oder vom Innenministerium und auch nicht von einem eventuellen Ministerium zur Bekämpfung des Elends ab als von den Ministerien für die Industrie, des Außenhandels, der öffentlichen Arbeiten sowie der Verwaltung für den Süden, mit einem Wort: von all jenen, deren Aufgabe es ist, neue Arbeitsmöglichkeiten und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Duilio Codrignani, Bologna.

Gewerkschaften und Zollpolitik in den USA

Zum Bericht der Randall-Kommission

Nach dem zu Beginn des Jahres 1953 von der Truman-Verwaltung veröffentlichten sogenannten Bell-Bericht über die Wirtschafts- und Zollpolitik der USA ist nunmehr über das gleiche Thema von der republikanischen Verwaltung ebenfalls eine Denkschrift her-